

Antrag

der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.

Lage in Osttimor

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Entscheidung des UN-Sicherheitsrates zu einem Mandat nach Kapitel VII der UN-Charta für eine internationale Friedenstruppe für Osttimor. Mord, Terror und Vertreibung in Osttimor durch die indonesischen Milizen müssen unverzüglich beendet werden.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass es gelungen ist, die indonesische Regierung von der Notwendigkeit einer internationalen Friedensmission zu überzeugen.

Die Aufgabe der Friedenstruppe ist es, die Menschen zu schützen, Frieden und Sicherheit in Osttimor wiederherzustellen und das Ergebnis der Volksbefragung vom 30. August 1999 umzusetzen.

Der Deutsche Bundestag betont die Verantwortung der indonesischen Regierung, sofort durch entschiedene eigene Anstrengungen die Unversehrtheit der Bevölkerung in Osttimor zu gewährleisten und nach dem Eintreffen der internationalen Friedenstruppen entsprechend der UN-Resolution mit diesen zu kooperieren.

Der Deutsche Bundestag unterstützt die Entscheidung der Bundesregierung, sich an humanitären Hilfeleistungen zu beteiligen. Neben der unmittelbaren Versorgung der Vertriebenen sind Beiträge für die Rückführung der vertriebenen Osttimoresen und für den Wiederaufbau der zerstörten Städte und Dörfer dringlich.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, auch auf bilateraler Ebene die Entwicklung des zukünftigen unabhängigen Osttimor und den Aufbau seiner Infrastruktur zu unterstützen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt den Beschluss des Allgemeinen Rates der EU, die militärische Zusammenarbeit mit Indonesien auszusetzen und ein Embargo für Rüstungslieferungen zu verhängen. Er unterstützt die Initiativen von Weltbank und Internationalem Währungsfond, die laufenden Kredite an Indonesien auszusetzen. Die Dauer dieser Maßnahmen wird angesichts der weiteren Entwicklung, vor allem angesichts des weiteren Verhaltens des indonesischen Militärs zu entscheiden sein.

Die Verbrechen, die an der Bevölkerung Osttimors begangen wurden und werden, verlangen eine lückenlose Aufklärung und strafrechtliche Verfolgung.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die für die Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Osttimor Verantwortlichen schnell zur Rechenschaft gezogen werden und der Ständige Internationale Strafgerichtshof der Vereinten Nationen bald seine Tätigkeit aufnehmen kann.

Berlin, den 16. September 1999

Dr. Peter Struck und Fraktion

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion